

Normative Grundlagen im Umgang mit extremistischen Anlässen begrüsst

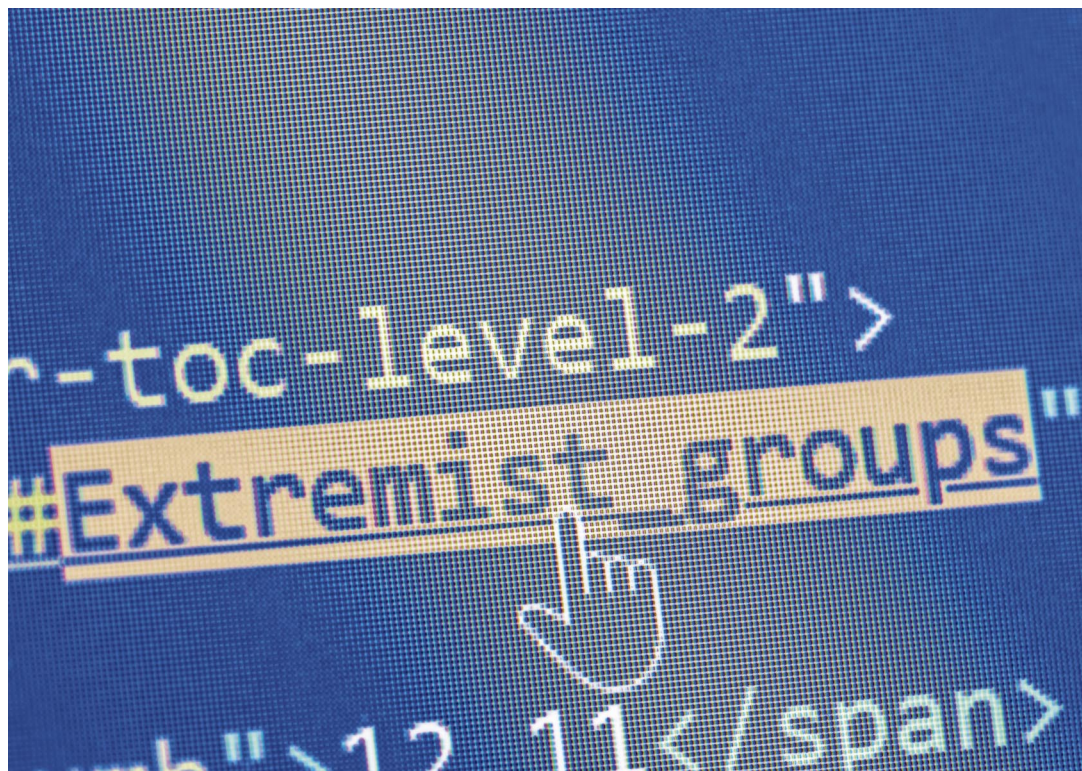
Zwar verzeichnet der Extremismusbericht 2024 keine grösseren Gewaltvorfälle, bezeichnet die Lage dennoch als herausfordernd.

Sina Thöny

In der sich zuspitzenden Weltlage und regelmässigen Berichten von Extremismusvorfällen aus den europäischen Ländern blieb Liechtenstein seit mehreren Jahren von grösseren, extremistisch motivierten Taten verschont. Dennoch warnen die Forschenden des Liechtenstein-Instituts vor voreiligen Schlüssen: Die zunehmend strapazierte Sicherheitslage in Europa, insbesondere seit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sowie dem Überfall der Hamas auf Israel und den darauffolgenden Kriegshandlungen, habe auch die Lage in Liechtenstein verschärft, schreibt Lukas Ospelt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Liechtenstein-Institut, über die Situation in Liechtenstein.

Auch Liechtenstein von Hackerangriffen betroffen

Im letzten Jahr blieb es in Liechtenstein bezüglich extremistisch motivierten Gewaltvorfällen ruhig. Zumindest in der physischen Welt: «Die Situation im Bereich der Cybersicherheit kann als herausfordernd bezeichnet werden», heisst es im Bericht. Extremistische Täterschaften nutzen zunehmend



Der Extremismus verschiebt sich zunehmend in digitale Räume.

Bild: iStock

auch den digitalen Raum, heisst es weiter. Dazu gehört auch die steigende Gefahr von Hackerangriffen: Im Berichtsjahr 2024 war Liechtenstein von mehreren Hackerangriffen betroffen. Dazu zählt neben einem möglichen Angriff auf Ampeln beim Tunnel Gnalp-

Steg auch das Stehlen von persönlichen Daten von liechtensteinischen Sportlern von der Schweizer Firma Datasport. Auch die Website der Regierung war betroffen: Eine prorussische Hackergruppe legte mit einer sogenannten DDoS-Attacke vorübergehend die

Websites lahm, wie die Regierung im Juli 2024 mitteilte.

«Der Extremismus, nicht zuletzt rechtsextremistische Strömungen, nutzt die virtuellen Möglichkeiten des Internets zur Verbreitung von Propaganda, zur Mobilisierung sowie zur Vernetzung und Organisation»,

heisst es im Bericht. Erste Massnahmen zur Schliessung von rechtsfreien Räumen in der digitalen Welt habe Liechtenstein in Form von verschiedenen Gesetzen ergriffen.

Anlässe mit rechtsextremen Sprechern abgesagt

Im deutschsprachigen Raum nimmt der politisch und religiös motivierte Extremismus zu. In der von Lukas Ospelt analysierten Berichterstattung im Land sowie den Jahresberichten einschlägiger Institutionen wurden keine linksextremistische Aktivitäten verzeichnet. Auch zu keinen rechtsextremistisch motivierten Veranstaltungen oder anderen Anlässen sei es 2024 gekommen: «Dies war bis zu einem gewissen Grad auf die kritische Berichterstattung der Tageszeitung <Liechtensteiner Vaterland> sowie auf die Vorkehrungen mehrerer liechtensteinischer Gemeinden, der Liechtensteinischen Landespolizei und des Ministeriums für Inneres zurückzuführen», so Ospelt im Bericht.

Dabei bezieht sich Ospelt unter anderem auf zwei Veranstaltungen mit den als rechts-extrem geltenden Sprechern Alexander von Bismarck und Hans-Georg Maassen, denen

die Gemeinden keinen Veranstaltungsort zur Verfügung stellen wollten. «Es ist zu begrüßen, wenn die Gemeinden die normativen Grundlagen für den korrekten Umgang mit entsprechenden Anfragen von in- und ausländischen Gruppierungen erlassen, die solche Veranstaltungen in Liechtenstein durchführen wollen», schliesst der Bericht.

Ausserdem vereitelte die Stabstelle Financial Intelligence Unit (FIU) einen rechtsextremen Terroranschlag, und die Finanzmarktaufsicht meldete der FIU 14 Verdachtsfälle für Terrorismusfinanzierung, der Geldwäscherei oder der organisierten Kriminalität. Die Landespolizei verzeichnete drei politisch-religiös motivierte Kriminaldelikte, bei denen es sich bei allen drei um Diskriminierungen handelt. Ein weiterer Teil des Berichts widmete sich der Prävention: Hier soll vor allem die Vernetzung der Akteure verbessert sowie Aktionen zur Sensibilisierung durchgeführt werden. «Dabei ist in besonderem Masse auf alle Formen von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus zu achten und den verschiedenen Ursachen entgegenzuwirken», so der Bericht.